



**Stadt Bern**  
Direktion für Bildung  
Soziales und Sport

Predigergasse 5, Postfach 275  
3000 Bern 7

Telefon 031 321 64 33  
Fax 031 321 72 85  
edith.olibet@bern.ch  
www.bern.ch

Medienkonferenz Experten zur AVIG-Revision von Donnerstag, 9. September 2010

REFERAT VON GEMEINDERÄTIN EDITH OLIBET  
DIREKTORIN FÜR BILDUNG, SOZIALES UND SPORT DER STADT BERN,  
MITGLIED DES BÜROS DER STÄDTEINITIATIVE SOZIALPOLITIK

*Es gilt das gesprochene Wort*

Sehr geehrte Medienvertreterinnen und Medienvertreter

**Ich spreche als Mitglied des Büros der Städteinitiative Sozialpolitik, aber auch als Sozialdirektorin der Stadt Bern zu Ihnen. Die Städte sind nämlich Hauptbetroffene dieser asozialen, finanz- und staatspolitisch fragwürdigen Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG). Der Städteverband lehnt deshalb die Revision des AVIG ab. Auch der Gemeinderat der Stadt Bern sagt klar Nein zu dieser Kostenverlagerung unter dem Deckmantel der Sanierung der Arbeitslosenversicherung (ALV). Sie verlagert Kosten von der Arbeitslosenversicherung in die Sozialhilfe und ist eine Scheinsanierung auf dem Buckel der Kantone und Gemeinden. Der Bund ist aufgefordert, die Sozialversicherungen endlich gesamthaft zu betrachten und die Arbeitslosenversicherung nicht auf Kosten der Sozialhilfe zu sanieren.**

Die Schulden abbauen und das strukturelle Defizit der Arbeitslosenversicherung beseitigen, das sind offiziell die beiden Hauptziele der AVIG-Revision. Um Geld zu sparen, will der Bund Arbeitslosen künftig zum Beispiel weniger lange Taggelder ausbezahlen. Die Städte, der Gemeinderat, ich bin überzeugt, dass dadurch in Tat und Wahrheit kein Rappen gespart wird. Vielmehr findet eine doppelte Kostenabwälzung statt: einerseits von der Arbeitslosenversicherung auf die Sozialhilfe, andererseits vom Bund auf Kantone und Gemeinden.

### **Von der ALV in die Sozialhilfe**

Die Revision führt zu einer markanten Mehrbelastung der Sozialhilfe. Die Arbeitslosigkeit ist in den Städten im gesamtschweizerischen Vergleich überdurchschnittlich hoch. Deshalb ist ein Leistungsabbau bei der Arbeitslosenversicherung für die Städte besonders schwerwiegend. Bereits heute sind Arbeitslosigkeit bzw. fehlende Leistungen der Arbeitslosenversicherung einer der wichtigsten Gründe, weshalb jemand neu in die Sozialhilfe aufgenommen wird. Rund jeder dritte neue Fall ist die Folge von Arbeitslosigkeit bzw. Aussteuerung bei der Arbeitslosenversicherung. Baut die Arbeitslosenversicherung ihre Leistungen ab, führt das zu mehr und länger dauernder Unterstützung und damit wird die Ablösung von der Sozialhilfe immer schwieriger. Die Reintegration in den Arbeitsmarkt ist in Bern im letzten Jahr bei den Abschlüssen von 42% auf rund 30,4% gesunken. Die Bezugsdauer hat sich markant erhöht. Folge davon: Steigende Sozialhilfekosten.

### **Mehrausgaben für Kantone und Gemeinden**

Als Sozialdirektorin der Stadt Bern finde ich es staatspolitisch unhaltbar, dass der Bund seine Sozialversicherungen zu Lasten der Kantone und vor allem der in der Sozialhilfe besonders betroffenen Gemeinden sanieren will. Die verschiedenen sozialen Sicherungssysteme dürfen nicht isoliert betrachtet werden. Wichtig ist eine Gesamtbetrachtung der sozialen Sicherungssysteme, welche sicherstellt, dass nicht einfach soziale Kosten von einer bundesstaatlichen Ebene auf die nächste oder übernächste verschoben werden. Im Sinne guter schweizerischer Tradition müssen die drei Staatsebenen ohne Gärtchendenken und rücksichtsvoll zusammen arbeiten und nicht den Schwarzen Peter auf die nächst tiefere Staatsebene abschieben. Bei diesem Spiel sind die Gemeinden, die Städte nach dem Motto "Den letzten beißen die Hunde" unweigerlich die Dummen, denn wir haben keine nächst tiefere Staatsebene mehr zum Abschieben der Kosten und der Verantwortung. Wir sind nicht bereit, immer wieder die Suppe auszulöffeln, die andere uns eingebrockt haben. Dieser Trend muss endlich gestoppt werden.

### **Steuerzahlerinnen und -zahler legen drauf**

Die AVIG-Revision führt bei Kantonen und Gemeinden infolge der Abschiebung von Ausgesteuerten in die Sozialhilfe zu Mehrbelastungen von mehr als 200 Millionen Franken. Diese Mehrkosten tragen alle – auch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Für den Gemeinderat der Stadt Bern, für den Städteverband, für die Städteinitiative Sozialpolitik ist es finanzpolitisch inakzeptabel, dass der Bund mit einer scheinbaren Sparvorlage seine Probleme löst, ungeachtet dessen, dass er auf den unteren Staatsebenen neue schafft. Das ist pure Vogel-Strauss-Politik.

### **Revision des ganzen Sozialversicherungssystems nötig**

Ich sage keineswegs, im Sozialversicherungswesen sei alles piccobello. Die Arbeitslosenversicherung MUSS finanziell saniert werden, jedoch unter Berücksichtigung des gesamten Sozialversicherungssystems und unter Mitsprache und Mitbestimmung der Städte. Ich wende mich entschieden gegen einen Abbau, der von der Sozialhilfe aufgefangen werden muss. Die Sozialhilfe kann die Mängel der Arbeitslosenversicherung nicht ausmerzen. Es ist auch nicht ihre Aufgabe. Bei allen Revisionen des Sozialversicherungssystems sind die Auswirkungen auf die Kantone und insbesondere auch auf die Städte besonders auszuweisen und zu berücksichtigen. Wir erwarten echte Lösungen und nicht blosse Lastenverschiebungen.

Merci für Ihre Aufmerksamkeit!